

Ausgabe  
April  
2005

# U.S.T.A. Magazin



Inklusive 2 Seiten  
SCHUND

# letzte worte

(formerly known as \$kolumne)

das leben wird gut. bilanziere ich einfach so mal ueber die naechsten monate.

warum? nun, weil wir zustaende immer relativ bewerten. un was soll ich sagen, die talsoshle ist durchschritten. wir haben gerd & jockel in der regierung und merkel & stoiber in der opposition, arbeitslose & rentner vor der tuer, gez & aok im briefkasten. big brother & pimp my ride im fernsehen, radio aus bruchsal & bigfm im radio, taz & welt am kiosk, juhnke & papst tot. epilierter affen

allerorten in regierungen & manageretagen, warme winter & kalte sommer jahr fuer jahr. und selbst auf meiner tastatur fehlen umschalt- & umlauttasten. es kann nur gut werden.

was werden die guido knopps der zukunft ueber unsere zeit berichten?

"schroeders frauen", die grosse "schlacht um mittelstand"? vielleicht ist es

auch besser wenn unsere epoche in der geschichte so wenig spuren hinterlassen wird, wie kaum eine vor ihr. denn sollte ich mich tatsaechlich mal zur fortpflanzung hinreissen lassen, ich haette meinen enkeln wenig ueber meine zeit zu berichten.

"ja, frueher, da war alles wie immer - nur schlimmer."

(wi)

## Inhalt

<b>Das Urteil und seine Folgen .....</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Hochschulpolitik am 1. Mai.....</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Aufruf zur 1. Mai-Demo.....</b>	<b>Seite 5</b>
<b>SCHUND.....</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Tarifvertrag für Hiwis?.....</b>	<b>Seite 8</b>
<b>Wahlergebnisse.....</b>	<b>Seite 9</b>
<b>Zurück zur Zwangsarbeit.....</b>	<b>Seite 10</b>
<b>GEZ-Befreiung.....</b>	<b>Seite 11</b>
<b>Neue Beitragsmarke.....</b>	<b>Seite 12</b>

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser!

Das Sommersemester beginnt wieder. Damit ist die einjährige Amtszeit des UStA vorüber, der sich mit diesem UMag verabschieden möchte. Zehn spannende Magazine in einem Jahr erschienen. Sie alle wurden mit der freien Software scribus erstellt. Auch ein kleines Jubiläum. Zur Feier des Tages gibt es diesmal in der Heftmitte das neue Format "SCHUND", das euch allerlei Unseriöses, Unsachliches und Unwahrscheinliches präsentiert.

Politisch wird sich in diesem Semester alles darum drehen, wie es nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes (s. Seite 3) weitergeht. Gebührenpläne liegen in (fast) allen Bundesländern mehr oder minder lange schon in dunklen Schubladen. Manche PolitikerInnen wollen mit der Gebührenfreiheit auch gleich noch das BAföG abschaffen. Es kann also kaum davon die Rede sein, dass es an der Gebührenfront ruhiger geworden sei.

Ach ja, im nächsten Magazin wird sich euch dann wohl ein neuer UStA vorstellen. Wir verabschieden uns erstmal von unseren treuen LeserInnen.

In diesem Sinne

*Euer UStA*

# Politik wird vor Gericht gemacht

## Studiengebühren nicht mehr verboten

Am 26. Januar fällte das Bundesverfassungsgericht das Urteil, dass das Zustandekommen der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes nicht rechtmäßig war. Spätestens seit dem wird in allen Bundesländern heftig über eine möglichst zeitnahe Einführung von Studiengebühren diskutiert.

Dabei sollte man zuerst betrachten, was das Urteil juristisch bedeutet. Sicherlich ist vorerst das Verbot allgemeiner Studiengebühren gescheitert. Das Urteil sagt jedoch nichts aus zu der Frage, ob Studiengebühren mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Es sagt auch nicht aus, dass Studiengebühren verboten werden könnten. Das Gericht stellte lediglich fest, dass ein solches Gesetz nicht zur Rahmengesetzgebung des Bundes gehört und somit in diesem Fall keine alleinige Entscheidungsbefugnis beim Bund liegen sollte. An der großen politischen Bedeutung ändert das natürlich auch nichts.

## Ein politisches Urteil

In der Urteilsbegründung war zu lesen, dass - so verfolgten die RichterInnen die Argumentation der klagenden Länder - Studiengebühren nicht die "gleichwertigen Lebensverhältnisse" innerhalb der Bundesrepublik gefährdeten. Gerade damit begründete

Bundesministerin Bulmahn ihr Eingreifen, das damit durch das Grundgesetz gerechtfertigt wäre. Statt diese Aussage zu überprüfen, argumentierte das Gericht erstaunlich realitätsfremd: So seien die in Höhe von 500 Euro zu erwartenden Studiengebühren keinesfalls hoch, die Lebenshaltungskosten von Studierenden seien schließlich um einiges höher. Mangelnde Bildung zeigt sich wohl am besten dadurch, dass die höchsten RichterInnen dieser Republik nicht die Addition beherrschen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, woher sie die Zahl von 500 Euro hatten. Die klagenden Länder hatten nie offiziell davon geredet, Gebühren in dieser Höhe einzuführen - geschweige denn stand eine solche Summe in ihrer Stellungnahme zur Verhandlung. 500 Euro orientieren sich eher an einer Zahl die durch die Medien verbreitet wurde. Führende GebührenbefürworterInnen wie Hamburgs Wissenschaftsminister Jörg Dräger beispielsweise haben dagegen immer wieder verlauten lassen, dass ihnen Gebühren von 2500 Euro pro Semester vorschweben.

## Soziale Selektion absehbar

Auch die Tatsache, dass sich zum vergangenen Wintersemester in Hessen 13% weniger Studierende neu an den Hochschulen eingeschrieben haben, ignorierte das Gericht. Die Folgen der dortigen Langzeitgebühren sind laut Urteilsbegründung von vernachlässigbarer

Größenordnung.

Damit hat das Gericht alle Erwartungen erfüllt, die die GebührenfreundInnen in es gesteckt hatten. Dass es durchaus politische Macht hat und auch politisch agieren kann, hat sich schon in den 1970er Jahren gezeigt. Mit den jüngsten Entscheidungen, wie auch zur Juniorprofessur, demonstrierte das Gericht aber nochmals eindeutig, dass es populistischen Landesfürsten auch gleich von den Lippen ablesen kann.

(db)



Karlsruhe, Schlossbezirk 3: Hier wird Bildungspolitik gemacht.

# Gemeinsam heraus zum 1. Mai

Jetzt geht es um die Wurst: Nach dem ärgerlichen Verfassungsgerichtsurteil wollen viele Landesregierungen, allen voran Baden-Württemberg, schnellstmöglich allgemeine Studiengebühren einführen. Deshalb ruft das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren für den 1. Mai bundesweit zu Demonstrationen auf.



Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt sich klar hinter die Forderungen der Studierenden. Alle zwölf DGB-Bezirksvorsitzenden haben sich im März in einer kämpferischen Grundsatzklärung eindeutig gegen Studiengebühren ausgesprochen - und auch sonst sind klare Worte die Regel:

"Der Zugang soll kostenfrei sein, weil die Teilhabe an Bildung und Wissenschaft Voraussetzung für die Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft und Ökonomie ist - im individuellen wie im gesellschaftlichen Interesse." (GEW-Bundesvorstandsmitglied Gerd Köhler in einem Kommentar in *Erziehung & Wissenschaft* Heft 3/2005)

"Alle empirischen Befunde zeigen, dass die Ressource Bildung in der Bundesrepublik nach wie vor in einem nicht tolerierbaren Ausmaß ungleich verteilt ist." (Karl-Heinz Stange, FH Erfurt, in einer Analyse in *Gewerkschaftliche Bildungspolitik* Heft III/2004)

"Wir haben es in 20 Jahren nicht geschafft, ein angemessenes BAföG-System zu schaffen." (GEW-Bundesvorsitzende Eva-Maria Stange, in einem Kommentar in *Bildung & Wissenschaft* Heft 3/2005)

"Von der grundsätzlich verankerten Gleichheit der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist nicht mehr die Rede. Das Sozialstaatsgebot droht in der Föderalismus-Debatte gänzlich gestrichen zu werden." (Gerd Köhler, in einem Kommentar in *Gewerkschaftliche Bildungspolitik* Heft III/2004)

"Deshalb bleibt nur eines: Die Betroffenen müssen sich mit aller Kraft zur Wehr setzen. Die GEW jedenfalls wird den Protest der Studierenden auch in Zukunft unterstützen." (GEW-BaWue-Landesvorsitzender Rainer Dahlem, im Leitartikel von *Bildung & Wissenschaft* Heft 2/2005)

Der Landesvorsitzende Rainer Dahlem, von dem das letzte Zitat stammt, ist am 1. Mai übrigens Hauptredner hier in Karlsruhe. Als zweiten Redner hat der DGB den UStA eingeladen.

Die kräftige gewerkschaftliche Unterstützung ist sicher kein Zufall, denn erstens kümmert sich der DGB auch in anderen Zusammenhängen um Studi-Interessen - die reichhaltige Fundgrube [www.students-at-work.de](http://www.students-at-work.de) zum Thema Studium, Jobben und Studienfinanzierung mag hier als Bei-

spiel genügen -, zweitens sind Studierendenvertretung und Gewerkschaft von Funktion und Struktur her ähnlich, nur dass die eine sich halt um die Interessen der Studierenden, die andere um die Interessen der Arbeitenden kümmert. Und drittens geht es letztlich

ohnehin um die gleichen Leute, denn als Studi von heute bist Du schließlich ArbeitendeR von morgen.

Dass gerade jetzt eine intensivere Zusammenarbeit zu Stande kommt, liegt sicherlich daran, dass neben gezielter Verarmung breiter Bevölkerungskreise (Stich-

worte Hartz IV, ALG II) und Einführung von Zwangsarbeit (Stichwort Ein-Euro-Jobs) die Privatisierung der Bildung das dritte große Beispiel ist, an dem sich die umfassende Pervertierung des Sozialstaats zeigt. Das haben weite Teile der Gewerkschaften klar erkannt. Viele von uns Studis werden spätestens bei der Arbeitssuche nach dem Studium die anderen Erscheinungsformen des sozialen Kahlschlags ebenfalls einholen. Deswegen ist es jetzt Zeit, gemeinsam auf die Straße zu gehen.

(is)

## Der Erste Mai

- wird auch "Tag der Arbeit" genannt.
- entstand als Gedenktag an einen blutig niedergeschlagenen Streik.
- wurde 1889 zum ersten Mal begangen.
- ist seit Gründung der Bundesrepublik offizieller Feiertag.
- hat dieses Jahr das Motto "Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sie!"
- gibt Anlass zu Veranstaltungen in über 100 Städten in Deutschland.
- wird jährlich von Millionen Menschen weltweit gefeiert.

# **Am 1. Mai auf die Straße gegen Studiengebühren! Studiengebühren sind aus sozial-, bildungs-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Sicht falsch.**

**Studiengebühren sind aus sozialpolitischer Sicht falsch. Sie stellen eine nicht unerhebliche finanzielle Belastung dar, die sich nicht alle leisten können. StudienanfängerInnen erwarten bis zu 125.000 Euro Schulden. Studiengebühren schrecken Kinder aus einkommensschwachen Familien ab.**

**Studiengebühren sind aus bildungspolitischer Sicht falsch. Sie halten Menschen davon ab, den von ihnen gewünschten Beruf zu ergreifen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr AkademikerInnen.**

**Studiengebühren sind aus wirtschaftspolitischer Sicht falsch. Eine Hochschulfinanzierung über das Steuersystem funktioniert viel effektiver. Allein die letzte große Steuerreform kostet 45 Mrd. Euro im Jahr. Allgemeine Studiengebühren würden weniger als 1,5 Mrd. Euro einbringen.**

**Studiengebühren sind aus gesellschaftspolitischer Sicht falsch. Bildung ist mehr als Berufsausbildung. Bildung soll emanzipierte Menschen hervorbringen, keine FachidiotInnen.**



**Die Problematik der Studiengebühren ist keine rein studentische, sondern eine gesamtgesellschaftliche. Deshalb nutzen wir den 1. Mai zur Demonstration gegen Studiengebühren.**

## **Treffen: Marktplatz, 1. Mai 10:30 Uhr**



# Der nächste Papst Deutscher?

## Schund

Unseriös, unsäglich, unwahrscheinlich

Die GEILO-ZAHLEN für April

0 - π - 13 - 23 - 42 - 91 - 500 - e

**EU-Streit eskaliert!**

Polen wollen Papst-Blind-Darm



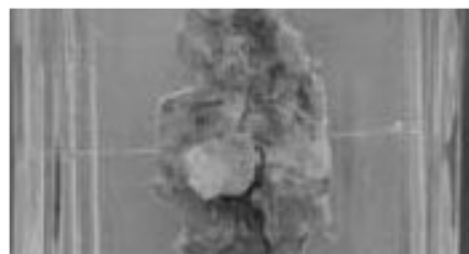
BILD-Montage

v.l.n.r.: Horst Köhler (alt), Harald Juhne (tot), der Kalif von Rom (bärtig)

## Wer wird nächster Papst?

Seit dem Tod von Johannes Paul II. (gesprochen „dem Zweiten“) beschäftigt Milliarden die Frage: Wer wird ihm

folgen? SCHUND hat sich umgesehen und passende Kandidaten gefunden.

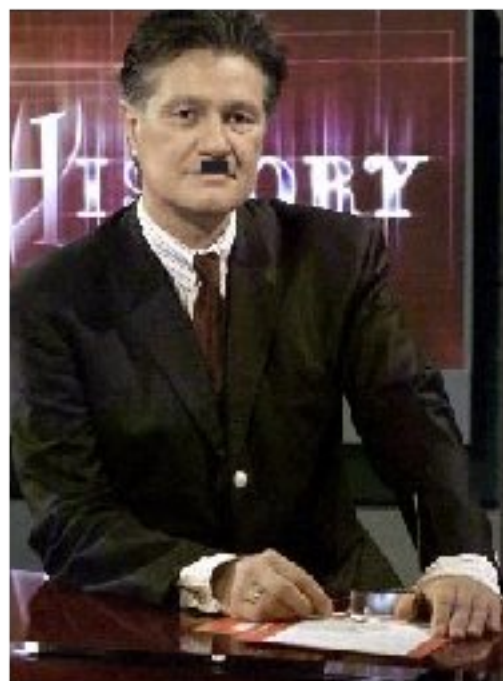


## Sensationelle Entdeckung: Hitler war Nazi!

Freunde haben ihn ans ZDF verraten!

SCHUND spricht mit US-amerikanischen Experten

Erwischt! Hitler war doch Nazi! In seiner neuen ZDF-Serie „Hitlers Schwägerinnen ihre Putzfrauen“ entdeckte Historien-Guru Guido Knopp (wichtig) erschreckende Dinge. Danach war der große deutsche Politiker ein Nazi. Siegfried S. (88) „All die Jahre im anschen Schäferhunde-Züchterverein war er so unauffällig.“ Deutschland ist schockiert. Gab es noch mehr Nazis? US-Deutschland-Experte Ron T. Summer erklärte gegenüber SCHUND: „Es ist zu befürchten.“ DNA-Analyse von Nazi-Spuren in Schäferhunde-Fell steht noch aus.



v.l.n.r.: Guido Knopp (häßlich), Hitler (auch tot)



deutscher S-Hund



Erich von Deneken (SPD):  
 Karlsruher Pyramide  
**außerirdische  
 Maya-Rakete**



Karlsruher Pyramide (spitz)

Neuer Sommer-Trend

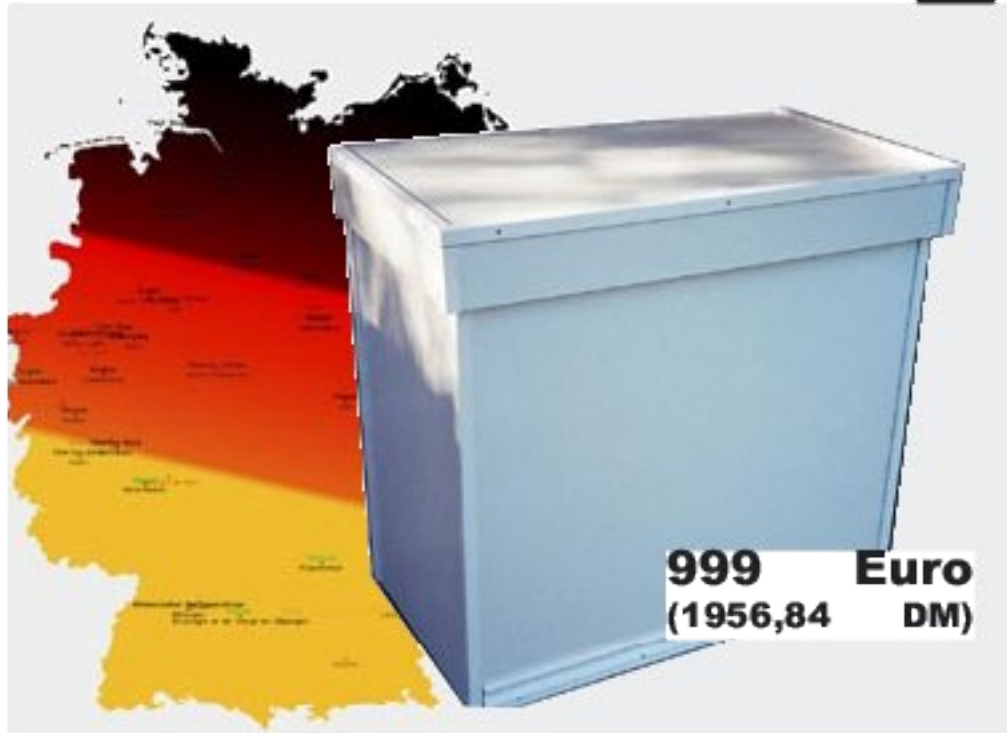
**BIER!**



Jugendliche und Kinder in  
 ganz Deutschland begeistert!  
 Neues In-Getränk aus Alkohol  
 und Wasser erobert den Markt.  
 Experten warnen:  
 „Das kann knallen.“

SCHUND

präsentiert:  
**Volks-Ding**



**999 Euro**  
 (1956,84 DM)

Rektor Hippler entführt  
**KMK raubt Krawatte!**



SCHUND setzt sich für sofortige Frei-  
 lassung ein. T9 muss zuschlagen.

Bologna-Chaoten am  
 Werk! DFG-Profilier  
 (gesprochen „Broh-  
 feiler“) warnen vor  
 humanitärer Katastro-  
 phe: „Der Mann muß  
 sofort zum Inseur“,  
 stellt Starstylist Jens  
 Link (whatever) fest.  
 Der Papst muss  
 sofort vermitteln.

„Sobald wir einen Papst  
 haben, wird er brutalst-  
 möglich vermitteln.“,  
 teilt der Vatikan mit.

AVG kauft Trans-Sibirische-Eisenbahn  
**S-Bahn Freuden-  
 stadt (hier) - Novo-  
 sibirsk (weit weg)**  
 ab Juli (Sommer)



Wird sie das  
**König-Luder?**

Englische Frau (blau) po-  
 siert vor sexy Bretter-Wand.

# Die Zukunft der "Hiwis"

Bundesweit sind rund 150.000 StudentInnen an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen beschäftigt. Für viele Studierende liegt nichts näher, als einen Job an der eigenen Hochschule zu suchen - ohne langen Arbeitsweg, in bekannter Umgebung und mit der Möglichkeit, erste Erfahrungen im Wissenschaftsbetrieb zu sammeln. Ein scheinbar verlockendes Angebot, das immerhin 27 Prozent aller StudentInnen im Laufe ihres Studiums einmal wahrnehmen.

Bislang gleichen die Arbeitsverhältnisse studentischer Beschäftigter in Deutschland eher denen von TagelöhnerInnen als denen wissenschaftlichen Personals. Außerhalb von Berlin besteht keinerlei tarifliche Absicherung, und selbst das Arbeitsrecht wird oftmals vollständig ignoriert. Studentische Beschäftigte, sog. Hiwis, stellen derzeit gewissermaßen einen Idealtypus ausbeutbarer ArbeitnehmerInnen dar. Gerade die Problematik, dass oft genug ArbeitgeberIn und PrüferIn ein und die selbe Person sind, führt dazu, dass StudentInnen gerne auf ihre Rechte "verzichten". Nicht zuletzt liegen die Stundenlöhne größtenteils unter dem, was sonst für die "typischen StudentInnenjobs" gezahlt wird. Nach den letzten Kürzungen gibt es 7,53 Euro für Beschäftigte an baden-württembergischen Universitäten, an den Fachhochschulen wird man gar mit nur 5,24 Euro abgespeist. Als einen gerechtfertigten Arbeitslohn kann man das wohl kaum noch bezeichnen.

## Studierende treten in Aktion

Es gab immer wieder Bestrebungen von studentischer Seite, einen Tarifvertrag für alle studentischen Beschäftigten zu erreichen. Dazu gründete sich im Februar 2002 die "bundesweite Tarifvertragsinitiative der studentischen Beschäftigten" oder kurz Tarifini. Zu den GründerInnen gehören Mitglieder lokaler und regionaler Initiativen, gewerkschaftlich organisierte StudentInnen sowie hochschulpolitisch Aktive und Interessierte. Heute arbeiten vor allem GEW- und ver.di-Studierendengruppen und der studentische Dachverband fzs in der Tarifini mit. Auch die Karlsruher Initiative übt sich in reger Mitarbeit.

Mittlerweile wird großes Vertrauen in den neu geschaffenen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) gesetzt. Erstmals könnten so auch studentische Beschäftigte flächendeckend berücksichtigt werden - aus dem bisherigen Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) sind sie explizit ausgeschlossen. Nur außerhalb von Forschung und Lehre, beispielsweise in der Hochschulverwaltung oder in Bibliotheken, haben Studierende die Möglichkeit, eine Beschäftigung nach BAT einzuklagen.

## Der Weg zu gesicherten Arbeitsplätzen?

Die Eingruppierung in die 15 Entgeltgruppen des TVöD (der BAT hatte über 200!) orientiert sich an der Beamtenbesoldung. Zusätzlich findet noch eine "horizontale" Einordnung in drei Stufen der Berufserfahrung statt. Die "vertikale" Einordnung hingegen erfolgt nicht mehr wie bisher nach der Tätigkeitsbeschreibung, sondern hängt ausschliesslich nach der von den ArbeitnehmerInnen vorzuweisenden beruflichen Qualifikation ab. Damit wird sich kaum die von studentischer Seite geforderte Gleichbehandlung mit den regulär Beschäftigten erreichen lassen. Auch wenn sich dadurch die maximalen Stundenlöhne an den Unis kaum veränderten, würden die tatsächlich gezahlten Löhne für Viele deutlich steigen. Davon würden vor allem die Studierenden an Fachhochschulen und im Osten profitieren.

## Ein Schritt nach vorn

Viel bedeutender als eine höhere Entlohnung wäre die Tarifbindung dieses Bereiches an sich. Zum Einen mag es symbolischen Wert haben, dass auf diesem Weg studentische Beschäftigte überhaupt als gleichberechtigt mit dem sonstigen Personal angesehen werden können (wenn auch nicht beim Lohn). Zum Anderen lassen sich auf dieser Basis eigentlich selbstverständliche ArbeitnehmerInnenrechte wie Urlaub oder Lohnfortzahlung überhaupt erst oder deutlich besser einfordern. Der zustehende Urlaub würde im Übrigen auch mehr und selbst Weihnachtsgeld gäbe es wieder.

Ein solcher Tarifvertrag fällt natürlich nicht vom Himmel. Er ist das Ergebnis monatelanger Verhandlungen zwischen ver.di auf der einen und Bund und Kommunen auf der anderen Seite. Die Länder sind bereits vor einem Jahr aus den Verhandlungen ausgestiegen, nachdem sie den Arbeitszeittarifvertrag gekündigt hatten. Dadurch kam es in einigen Bundesländern, darunter Baden-Württemberg, zu Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst und damit verknüpft zu Lohnkürzungen bei studentischen Beschäftigten. Nun geht es darum, die Gespräche mit den Ländern wieder aufzunehmen, denn sie sind schliesslich die ArbeitgeberInnen für alle Hochschulbeschäftigten. Ohne Verhandlungsbereitschaft bewegt sich gar nichts.

(db)



# Ergebnisse der unabhängigen Wahlen

Vom 9. bis 16. Februar fanden zum 28. Mal die unabhängigen Wahlen zu den Fachschaften und dem Studierendenparlament statt. Um sicher zu stellen, dass jedeR nur einmal wählt, wurde wie im vergangenen Jahr das über Netzwerk operierende System FriWahl benutzt. Glücklicherweise kam es dieses Jahr nicht zu technischen Problemen, die die letzte Wahl um zwei Tage verzögert hatten.

Die Wahlbeteiligung fiel leicht von 20% auf 19,7%. Bei der Fachschaft Wiwi stieg sie dagegen auf über 36%. Diese Höhe ist durchaus akzeptabel, bedenkt man, dass wenig Werbung gemacht wurde und die Wahlen teilweise in der letzten Vorlesungswoche lagen. Bei den Wahlen zum Studierendenparlament stellten sich die FiPS als große SiegerInnen heraus. Ihnen gelang es, das beste Ergebnis einzufahren und gleich 6 Sitze zu gewinnen - zwei mehr als im Vorjahr. Auch die Grüne Hochschulgruppe konnte einen Sitz gut machen, während die Liberalen ein Mandat verloren. Der RCDS konnte ein paar Stimmen hinzu gewinnen, für ein zusätzliches Mandat reichte es allerdings nicht. Jusos und Alternative Liste behielten ihre drei bzw. zwei

Sitze. Die Liste ProSV trat nicht mehr an. Damit ergibt sich für die bisherige Koalition aus AL, FiPS, GHG und Jusos eine komfortable Mehrheit von 17 Sitzen. LHG und RCDS, die sich beide vehement für die Einführung von Studiengebühren aussprechen, finden sich dagegen mit jeweils vier Sitzen in der Opposition wieder.

Das neugewählte Studierendenparlament wird sich zu seiner konstituierenden Sitzung am 19. April treffen und einen neuen UStA wählen.

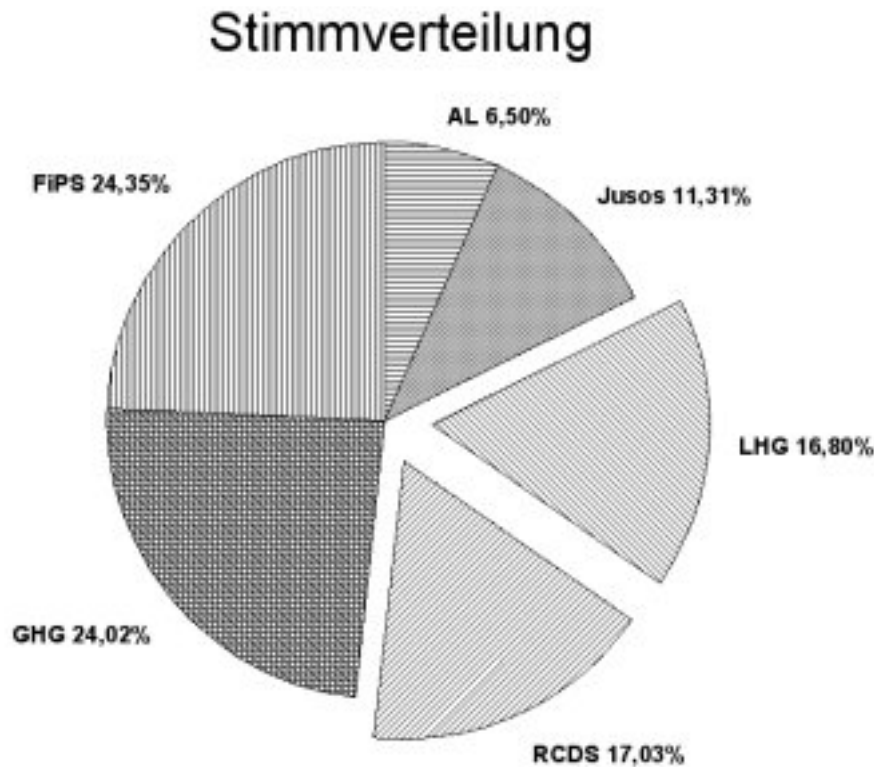
Gewählt wurde auch wieder das autonome AusländerInnenreferat.

Einziger Kandidat war zum achten Mal Wahdah Attari, der auch diesmal mit großer Mehrheit gewählt wurde. Die Wahlen zum Frauenreferat fanden diesmal nicht statt. Bis jetzt hat sich keine Kandidatin gefunden.

(db)

Ausführliche Ergebnisse sind zu finden unter:

<http://www.usta.de/Wahl/Ergebnisse/>



Liste	Ergebnis	Sitze	Ergebnis 04	Sitze 04	+ / -
FiPS	24,3%	6	17,6%	4	+2
GHG	24,0%	6	18,5%	5	+1
RCDS	17,0%	4	16,6%	4	0
LHG	16,8%	4	20,2%	5	-1
Jusos	11,3%	3	9,7%	3	0
AL	6,5%	2	8,2%	2	0
ProSV	--	--	9,3%	2	-2

# Zurück zur Zwangsarbeit

## Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV

Seit Anfang dieses Jahres ist in der Bundesrepublik die Zwangsarbeit wieder erlaubt. Seitdem gilt das von VW-Manager Peter Hartz ersonnene "Vierte Gesetz zur Schaffung moderner Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt" - oder kurz "Hartz IV". Mit diesem Gesetz wurde ein Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik vollzogen. Die Maschen des sozialen Netzes werden von nun an nicht einfach nur mehr weiter, es verschwindet ganz. Sozial Benachteiligte sollen sich nach dem Willen der rot/grün/schwarz/gelben Einheitsregierung auf dem Markt behaupten, anstatt der durch Steuersenkungen chronisch leeren öffentlichen Kasse zur Last zu fallen.

So beinhaltet Hartz IV nicht nur die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, sondern auch die Schaffung der sogenannten "Arbeitsgelegenheiten" mit Mehraufwandsentschädigung". Danach



*Ein Euro, der einen langen Schatten wirft.*

sollen die EmpfängerInnen des neugeschaffenen Arbeitslosengeld II verpflichtet werden, ohne Entlohnung zu arbeiten. Ihnen steht nur eine Aufwandsentschädigung von "nicht weniger als 1 Euro" zu. Wer nun das "Angebot" der VermittlerInnen ablehnt, wird mit Sanktionen in Form von Leistungskürzungen konfrontiert. Schon im ersten Schritt werden drei Monate lang 30% der regulären Sozialleistung gekürzt. Bei BezieherInnen unter 25 Jahren wird die Unterstützung sogar vollständig gestrichen.

## Hilfsmaßnahme oder Zwangsarbeit?

Die "Arbeitsgelegenheiten" werden von den BefürworterInnen als wichtiges Angebot für die Erwerbslosen dargestellt. Durch einen 1-Euro-Job könne es gerade Langzeitarbeitslosen gelingen, wieder einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Die Jobs sicherten nicht nur eine berufliche, sondern auch eine gesellschaftliche Integration. Durch das "Angebot der Arbeitsgelegenheit" könne beispielsweise überhaupt

erst mal wieder ein "geregelter Tagesablauf" erlernt werden. Diese Argumente sind nicht nachvollziehbar. Im Regelfall wird die (verpflichtende) Wahrnehmung einer weitestgehend rechtlosen Arbeitsgelegenheit kein Sprungbrett in einen regulären Arbeitsplatz sein.

1-Euro-Jobs werden unter Zwang eingerichtet. Das ist entwürdigend und aus der Perspektive der Betroffenen fatal: Artikel 12 des Grundgesetzes sichert das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und verbietet jeden Arbeitszwang. 1-Euro-Jobs sind davon offensichtlich

eine Ausnahme, zumindest nach Meinung von Bundestag und Bundesrat. Dagegen scheint sich weltweit in der öffentlichen Meinung schon ein klares Bild der "Arbeitsgelegenheit" zusammen zu stellen: "Le Monde" schrieb beispielsweise "Deutschland führt nach 60 Jahren die Zwangsarbeit wieder ein". Auch wenn Vergleiche der Schröder-Regierung mit dem Faschismus zu weit gehen, einen Angriff auf die Menschenrechte bedeutet Hartz IV allemal. Mittlerweile werden mehrere Verfassungsklagen vorbe-

reitet. Das BVerfG wird sich vermutlich erst in den kommenden Monaten dazu äußern. Ob es eine Entscheidung im Sinne der Betroffenen trifft bleibt auch bis auf Weiteres offen.

## Verfehlte Arbeitsmarktpolitik

Hartz IV ist darauf ausgerichtet, weiter an den öffentlichen Kassen zu sparen. Weder ist es eine Hilfe für die Bedürftigen, noch entstehen dadurch Arbeitsplätze. Das Gegenteil ist jeweils der Fall. Allein durch die Schaffung des Arbeitslosengeld II erhalten Langzeitarbeitslose deutlich

### IMPRESSUM

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind gerne willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder. Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim UStA oder eurer Fachschaft.

Redaktion: Daniel Bruns  
Layout: Daniel Bruns  
Druck: Studierenden Service Verein (SSV)  
Auflage: 1200  
V.i.S.d.P.: Tobias Koz  
UStA der Universität Karlsruhe  
Adenauerring 7, 76131 Karlsruhe  
Tel.: 0721/608-8460  
<http://www.usta.de/>  
email: [umag@usta.de](mailto:umag@usta.de)

Erstellt mit der freien Software scribus.  
<http://www.scribus.net/>

weniger staatliche Unterstützung als vorher bei Bestehen der Arbeitslosenhilfe. Dies ist unabhängig davon, wie lange sie vorher in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Mit der Schaffung der Arbeitsgelegenheiten wird ihnen allerdings auch noch die Möglichkeit genommen, aus dem Leben unterhalb der Armutsgrenze heraus zu kommen. Bisher waren EmpfängerInnen staatlicher Sozialleistungen nur verpflichtet, sich zu bemühen, ein anderes Auskommen zu finden. Das bedeutete, eine Beschäftigung zu finden, die mehr Geld einbringt als die Sozialhilfe. Jetzt können sie gezwungen werden, auch unrentable Erwerbsmöglichkeiten wahrzunehmen, um die Höhe ihres Arbeitslosengeld II in geringem Umfang zu senken. Freibeträge gibt es dabei nicht, jedes Einkommen - also auch aus 1-Euro-Jobs - wird angerechnet. Bei einem "Minijob" bis 400 Euro werden beispielsweise 85% des Verdienstes einbehalten.

### "Reform" in die falsche Richtung

Arbeitsplätze werden durch Hartz IV auch eher vernichtet als geschaffen. Seit der Einführung dieses Gesetzes ist die (offizielle) Zahl der Erwerbslosen weit über die

Marke von 5 Millionen gestiegen. Deutlich macht das ein Beispiel aus dem Hochschulbereich: An der Universität Marburg wurde jüngst die Stelle einer Bibliotheksfachkraft nicht mehr besetzt und durch fünf 1-Euro-Kräfte ersetzt - allesamt langzeitarbeitslose AkademikerInnen. Damit offenbart sich auch die gesamtgesellschaftliche Problematik der Zwangsarbeit: Die Idee von Hartz IV basiert auf der Annahme, dass Massenarbeitslosigkeit ein Vermittlungsproblem und die Verantwortung bei den Arbeitslosen selbst zu suchen wäre. Dabei handelt es sich eher um ein strukturelles Problem. Inzwischen haben sogar neo-liberale WirtschaftswissenschaftlerInnen festgestellt, dass die Hauptursache von Arbeitslosigkeit - wer hätte es erwartet - der Mangel an Arbeitsplätzen ist. Anstatt mit billiger Polemik und Menschenrechtsverletzungen gegen vermeintliche gesellschaftliche "Randgruppen" vorzugehen, muss also versucht werden, mit qualitativ hochwertigen Aus- und Fortbildungsangeboten und der dafür nötigen finanziellen Unterstützung den Arbeitswilligen Möglichkeiten zu eröffnen. Dabei müssen gleichzeitig Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung geschaffen werden.

(db)

## Neue Regelungen bei der GEZ

Bislang war es möglich, wegen Bedürftigkeit einen Erlass der Rundfunkgebühren bei der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) zu erhalten. Diese Regelung wurde nun zum 1. April geändert. Im Rahmen eines als Entbürokratisierung getarnten Sozialabbaus ist die Befreiung

schreiben gemacht werden, da die GEZ gerne mal solche Briefe "vergisst".)

Für alle die kein BAföG (mehr) bekommen sieht es dagegen schlecht aus. Sie sollen für ein Radio 5,52 Euro und für Radio und Fernsehen zusammen 17,03



nur noch für Menschen möglich, die tatsächlich BAföG empfangen. Für EmpfängerInnen der Ausbildungshilfe wird es jetzt leichter, die Befreiung zu erreichen. Der Antrag kann jetzt gegen Vorlage des BAföG-Bescheids beim Sozialamt gestellt werden. (Per Post ist auch möglich, sollte dann aber per Ein-

Euro monatlich zahlen. Da hilft nur noch, weder Radio noch Fernsehen zu besitzen und das der GEZ auf einer alten Scheibe Brot mitzuteilen.

(db)

# Termine

## April

- Dienstag, 12. April, 20:00 Uhr**  
Apres Ski Schlonz
- Donnerstag, 14. April, 20:00 Uhr**  
Tiefe Töne Schlonz
- Dienstag, 19. April, 11:30 Uhr**  
Fahrradversteigerung des StuWe
- Dienstag, 19. April, 20:00 Uhr**  
Liveschlonz: Kawenzmänner & the greener the swims
- Donnerstag, 21. April, 20:00 Uhr**  
Dub Schlonz
- Dienstag, 26. April, 20:00 Uhr**  
Stereo Schwipp Schwapp Schlonz
- Donnerstag, 28. April, 20:00 Uhr**  
Hard'n'Heavy Schlonz
- Freitag, 29. April, 20:00 Uhr**  
Alles Teuflische Schlonz
- Samstag, 30. April, 20:15 Uhr**  
Tanz in den Mai im AKK

## Mai

- Sonntag, 1. Mai, 10:30 Uhr**  
Der erste Mai ;)
- Dienstag, 3. Mai, 20:00 Uhr**  
Liveschlonz: Fathead & Capitan Sanchez
- Donnerstag, 5. Mai, 20:00 Uhr**  
Marlene Dietrich & Co Schlonz
- Dienstag, 10. Mai, 20:00 Uhr**  
amnesty Schlonz
- Donnerstag, 12. Mai, 20:00 Uhr**  
Comedy Schlonz
- Dienstag, 17. Mai, 20:00 Uhr**  
Liveschlonz: Sundance Kid & Honey Weed
- Donnerstag, 19. Mai, 20:00 Uhr**  
Martini Schlonz
- Samstag, 21. Mai, 21:30 Uhr**  
Vortex im AKK
- Donnerstag, 26. Mai, 20:00 Uhr**  
Metal Battle VII Schlonz
- Dienstag, 31. Mai, 20:00 Uhr**  
Alice im Wunderland Schlonz

**Aktuelle Termine findet ihr wie immer unter [www.usta.de](http://www.usta.de) und [www.akk.org](http://www.akk.org)**

Die neue Beitragsmarke des UStA und der Fachschaften ist ab sofort erhältlich. Sie kostet 4 EUR und kommt zu gleichen Teilen dem UStA und den Fachschaften zu Gute. Das Geld wird verwendet, um Service-Leistungen (Fachschaftszeitungen,

Klausurensammlungen, kommentierte Vorlesungsverzeichnisse, UStA-Magazin, Ersti- und Sozialinfo, usw.) und Vetretungsarbeit (Büromaterialien, Telefonkosten, Kopien) finanzieren zu können.

Wenn du also die Arbeit der Fachschaften und des UStA unterstützen willst, dann kaufe deine Beitragsmarke, es kommt dir zugute. Du erhältst sie bei dir in der Fachschaft oder im UStA-Büro während der Öffnungszeiten.

Die diesjährige Beitragsmarke erscheint in trendigem 2-Farben-Druck im sexy FriCard-Format. Somit hast du die Möglichkeit, dieses limitierte Stück Kunst auf 46 cm<sup>2</sup> auf deine FriCard zu kleben. Hat zwei Vorteile: erstens stört nicht mehr die hässliche Waffenwerbung auf der Rückseite und zweitens hast du jetzt einen tollen Aufhänger für Gespräche in der Mensaschlange.

